
Analysen und Leitbilder des Kapitalismus

Rezension von: Jürgen Kromphardt,
Analysen und Leitbilder des Kapitalismus
von Adam Smith bis zum Finanzmarkt-
kapitalismus, Metropolis, Marburg 2015,
344 Seiten, broschiert, € 29,80;
ISBN 978-3-731-61131-8.

Das 1979 in erster Auflage erschienene Standardwerk Jürgen Kromphardts „Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus“ war mir während meines Volkswirtschaftsstudiums in den 1980er-Jahren eine unverzichtbare Orientierungshilfe: Es ermöglichte den interessierten Studierenden die Einordnung der verschiedenen ökonomischen Paradigmen einerseits in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der jeweiligen Epochen, andererseits aber auch in die aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

Denn dies war eine Zeit, in der die Paradigmen tatsächlich noch konkurrierten: In der Wirtschaftspolitik, wo zumindest in Österreich noch eine heftige Abwehrschlacht des nationalstaatlich erfolgreichen Konzepts des Austrokeynesianismus gegen die internationale Gegenrevolution des Neoliberalismus tobte, aber auch in der Lehre. Unterschiedliche Theorien, ihre geistesgeschichtliche Basis, die als zentral erachteten wirtschaftlichen Herausforderungen und wirtschaftspolitischen Lösungsansätze fanden sich in den Standardlehrbüchern und wurden auch unterrichtet, die Originalwerke in Seminaren und Lesekreisen bearbeitet.

Den Studierenden der heutigen Ge-

nerationen sind Analyse und Diskussion unterschiedlicher Denktraditionen und konkurrierenden Paradigmen kaum mehr in dieser Form möglich. In der Wirtschaftspolitik dominiert mehr oder weniger ein simplifiziertes neoklassisches Paradigma, an den Universitäten wird nach Lehrbüchern unterrichtet, die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik meist allein aus dieser Sichtweise behandeln, Theoriegeschichte und Wirtschaftsgeschichte werden weitgehend vernachlässigt. Dies rächt sich bitter, weil die Finanzkrise und ihre vielfältigen wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen die akademische Ökonomie weitgehend ratlos dastehen lassen und damit auch die Bedeutung der Universitäten für die Beratung der Politik – meist zu Recht – marginalisiert wurde.

Jürgen Kromphardt, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin, ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrates und Ehrenvorsitzender der „Keynes Gesellschaft“ hat hier als einer von wenigen immer dagegen gehalten. Deshalb ist es so besonders erfreulich, dass Kromphardt nun 82-jährig eine Neufassung des Standardwerks von 1979 unter dem Titel „Analysen und Leitbilder des Kapitalismus von Adam Smith bis zum Finanzmarktkapitalismus“ vorlegt.

Das Ziel des Buches ist es, Studierenden und allen anderen Interessierten die zentralen wirtschaftstheoretischen Leitbilder von vier prägenden Epochen der kapitalistischen Entwicklung näherzubringen. Für jede dieser vier Epochen werden zunächst die wichtigsten Charakteristika der wirtschaftlichen Situation dargestellt, ohne die die Analysen und Leitbilder der führenden Ökonomen nicht verständlich wären. Sodann werden Adam

Smiths einfaches System natürlicher Freiheit für die Epoche des frühen Industriekapitalismus, John Stuart Mills Wirtschaftskonzeption des klassischen Liberalismus und Karl Marx' Kritik am Kapitalismus für die Epoche des unbeschränkten Kapitalismus, John Maynard Keynes' Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung sowie die Gegenpositionen von Neoliberalismus und Angebotsökonomie für die Epoche des Kapitalismus nach der Weltwirtschaftskrise und schließlich die zeitgenössischen Analysen der Epoche des Finanzkapitalismus behandelt. Jedes Kapitel wird durch hilfreiche Literaturempfehlungen beendet, die die weitere Beschäftigung mit dem Thema erleichtern.

Die vielleicht wichtigste Erkenntnis für die LeserInnen besteht im klaren Aufzeigen des historischen Charakters des kapitalistischen Systems und der daraus abzuleitenden Schlussfolgerung, dass im Kapitalismus immer wieder neue Fragestellungen und Probleme auftauchen, die auch die ökonomischen Theorien ständig vor neue Herausforderungen stellen.

Zunächst widmet sich Kapitel 1 des Buches den charakteristischen Merkmalen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Hervorgehoben werden die Entscheidung durch private, individuelle Eigentümer an den Produktionsmitteln oder ihre Verfügungsberechtigten; die Koordination durch Märkte; die Motivation durch rationales individuelles und rentabilitätsgetriebenes Handeln.

In Kapitel 2 wird daraufhin auf knappe und prägnante Weise gezeigt, wie das Vordringen der Geldwirtschaft und das Aufblühen der Städte den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus befördern. So entstehen der (Fern-)Handel und der Markt. Beson-

ders günstige Bedingungen für die Entwicklung industriekapitalistischer Institutionen herrschten in England Ende des 18. Jahrhunderts: Erstens, die Herausbildung neuer Produktionstechniken auf Basis der fortschreitenden Spezialisierung in den Manufakturen sowie des technischen Fortschritts durch die Erfindung neuer Maschinen und den Einsatz der Dampfkraft zunächst in der Textilindustrie. Zweitens, die Existenz einer freien besitzlosen Klasse, der ArbeiterInnen, die kein Eigentum an Produktionsmitteln, aber auch keine feudalen Bindungen hatten und in den Städten zusammenströmten. Drittens, das Entstehen großer Absatzmärkte durch die zentrale Rolle des Staates (vor allem der britischen Flotte) für die Förderung der Exportwirtschaft. Viertens, die Herausbildung von Geldkapital und Kapitalakkumulation, die es ermöglichte, Gewinne in Investitionen zu übertragen.

Adam Smith war der kongeniale Analytiker des unbestreitbaren Erfolgs dieses neuen Wirtschaftssystems. Durch sein tiefes Interesse an sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen war er in der Lage, den zentralen Stellenwert von Arbeit und Arbeitsteilung für die Entstehung von Einkommen, der Koordination der arbeitsteiligen Produktion durch Marktpreise und des Geldes als Tauschmittel zu erkennen. Daraus leitete er sein einfaches System natürlicher Freiheit ab, in dem die unsichtbare Hand den eigennützig Handelnden zur Förderung von Wohlstand und Reichtum der Gesellschaft führt. Kromphardt arbeitet klar heraus, wie entscheidend für Smith die Überwindung der merkantilistischen Beschränkungen („des elenden Monopolgeistes“) war, zeigt aber auch, welchen hohen Stellenwert Smith dem Staat für

das Funktionieren des Wirtschaftssystems zumaß (von der Sicherheit für die Wirtschaftsakteure über das Bildungssystem bis zum Transportwesen). Smiths Leitbild des Kapitalismus entsprach damit präzise den wohlverstandenen Interessen des aufstrebenden Bürgertums, das sich durch die feudalistischen Einschränkungen und Monopole in seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Freiheiten behindert sah.

Was Smith in der Beurteilung von Jürgen Kromphardt allerdings nicht ausreichend erkannte, waren zunächst die Gefahren des Entstehens privater Monopole. Damit in Zusammenhang stehend war sich Smith zwar der Interessengegensätze zwischen Unternehmern und ArbeiterInnen bewusst, er konnte daraus allerdings nicht die logische Schlussfolgerung der Notwendigkeit eines politischen Zusammenschlusses der abhängig Beschäftigten ziehen. Schließlich vernachlässigte Smith – wohl aufgrund der Expansion der Wirtschaft – die Möglichkeit gesamtwirtschaftlicher Störungen, etwa infolge von Nachfragemangel.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte die industriekapitalistische Wirtschaftsweise auch Teile des Kontinents erobert, Industrialisierung und starkes Bevölkerungswachstum prägten die Expansion, die allerdings immer wieder von tiefen Konjunkturkrisen unterbrochen war. In der Zukunft der Ökonomen mehrten sich die düsteren Prognosen, die sich etwa in den Bevölkerungsgesetzen eines Thomas Malthus oder den Erwartungen erlahmender Kapitalakkumulation bei David Ricardo niederschlugen. So bestand dringender Bedarf an einer kraftvollen Verteidigung von Privateigentum und Kapitalismus. Sie wurde von John

Stuart Mill geliefert, dessen „Principles of Political Economy“ (1848) für lange Zeit die Bibel zumindest der englischsprachigen Ökonomie wurde.

Im Mittelpunkt des Mill'schen Leitbildes, dem Jürgen Kromphardt die erste Hälfte des dritten Kapitels widmet, steht die Forderung nach Freiheit für das Individuum. Aus ihr leitet Mill auch die ökonomische und moralische Sinnhaftigkeit des Privateigentums und den Grundsatz des *laissez faire* ab. Doch John Stuart Mill war sich der Grenzen von Freiheit, Privateigentum und Marktwirtschaft in einem Ausmaß bewusst, das in der heutigen Rezeption oft vernachlässigt, von Kromphardt aber pointiert dargestellt wird. Zwar hatte Mill einen sehr formalistischen Freiheitsbegriff und war deshalb nicht in der Lage, die materiellen Voraussetzungen für Freiheit ausreichend zu würdigen. Doch erkannte er klar die Grenzen der individuellen Freiheit, die durch die Verantwortung für die Folgen des Handelns auf Dritte entstehen. Ebenso postulierte er Grenzen des Privateigentums etwa an Boden oder auch in der Höhe von Erbschaften, plädiert für die Bildung von Arbeiterkoalitionen und -assoziationen sowie Beschränkungen der Arbeitszeit als Voraussetzungen für das Funktionieren freier Arbeitsmärkte und erhoffte sich davon langfristig die Überwindung der Interessengegensätze zwischen den Klassen. Hingegen scheiterte Mill an der Erklärung der zyklischen Krisen des unbeschränkten Kapitalismus, auch weil er sich nicht vom Say'schen Gesetz lösen konnte, wonach jedes Angebot sich seine Nachfrage schafft.

Mills Ziel bestand darin, die Vorzüge von Kapitalismus und Privateigentum hervorzuheben. Dem nahezu zeit-

gleich – das Kommunistische Manifest erschien im gleichen Jahr wie Mills „Principles“ – publizierenden Karl Marx ging es hingegen darum, die inneren Widersprüche zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und den Eigentumsverhältnissen herauszuarbeiten. Die Konkurrenz zwingt die Kapitalisten, den technologischen Fortschritt voranzutreiben und Kapital zu akkumulieren, womit die Produktionskraft immer stark ausgeweitet wird. Hingegen bleibt die Konsumtionskraft der Gesellschaft zurück, weil die Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten die breite Masse der ArbeiterInnen auf Subsistenzniveau verharren lässt.

Marx' Theorie von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nimmt daher die Analyse der bereits im 19. Jahrhundert immer wieder auftretenden Wirtschaftskrisen auf, die im rapiden Fall der Profite, dem Auftreten von Konkursen und der damit einhergehenden Kapitalvernichtung zum Ausdruck kommen. Marx sieht den Kapitalismus dem Untergang geweiht, doch seine und Friedrich Engels' diesbezügliche Prognosen haben sich nicht erfüllt. Aus Sicht von Jürgen Kromphardt hat dies vor allem mit dem Aufstieg der Gewerkschaften zu tun, denen es gelang, die Reallöhne im Großen und Ganzen mit dem Anstieg der Arbeitsproduktivität und damit die Konsumnachfrage mit dem Produktionsvolumen wachsen zu lassen. Dazu kamen die stabilisierenden staatlichen Eingriffe durch den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und später auch antizyklische Konjunkturpolitik.

Es dauerte bis in die späten 1920er-Jahre, bis der Kapitalismus tatsächlich in seine schwerste Krise geriet, die seine wirtschaftliche und politische Anziehungskraft deutlich schmälerte. Den

weitgehenden Folgen für die Wirtschaftstheorie widmet Kromphardt das vierte Kapitel seines Buches. Die vorherrschende neoklassische Theorie war aufgrund ihrer einzelwirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht in der Lage, die wirtschaftlichen Herausforderungen der Depression auch nur annähernd zu erfassen. Die dafür notwendige makroökonomische Theorie lieferte der britische Liberale John Maynard Keynes, der mit seiner Staatseingriffe legitimierenden Theorie politisch das Ziel verfolgte, den Kapitalismus zu stabilisieren und den Übergang in eine sozialistische Planwirtschaft zu verhindern.

Im Mittelpunkt der Analyse von Keynes' „General Theory“ stehen die Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und das Zusammenspiel von Güter- und Geldmarkt, die im Rahmen einer Theorie der monetären Produktion den Arbeitsmarkt bestimmen. Als konjunkturbestimmend erweisen sich die in die Zukunft gerichteten Investitionsentscheidungen, die unter den charakteristischen Rahmenbedingungen fundamentaler Unsicherheit der Erwartungen starke Schwankungen aufweisen. Daraus leitet Keynes die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Steuerung der Investitionen ab, um die Nachfrage auf dem Niveau der Vollbeschäftigung halten zu können. Hingegen sind allgemeine Senkungen des Lohnniveaus – im Gegensatz zur Auffassung der Wirtschaftspolitik der 1930er-Jahre und der 2010er-Jahre – nicht in der Lage, Arbeitslosigkeit zu verringern.

Keynes zeigt hier die Unzulässigkeit der Verallgemeinerung einzelwirtschaftlicher Erkenntnisse: Während einzelne ArbeiterInnen durch Akzeptanz eines niedrigeren Lohnes durch-

aus eine Stelle bekommen können, gilt dies gesamtwirtschaftlich durch den damit verbundenen Ausfall an Konsumnachfrage nicht. Keynes' Krisentheorie ist eine fehlender effektiver Nachfrage und nicht eine fehlender Flexibilität von Löhnen und Preisen, wie in der neoklassischen Synthese, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Standardlehrbüchern als „Keynesianismus“ verkauft wurde.

Kromphardt sieht diese Fehlinterpretation aber schon in der „General Theory“ selbst angelegt, die den Arbeitsmarkt nicht ausreichend analysierte. Ein zweites Versäumnis vieler KeynesianerInnen sieht er in der mangelnden Aufmerksamkeit für die Angebotsseite und die Determinanten der Inflation.

Dies waren auch die Einfallstore für die Rückkehr der neoliberalen Leitbilder einer selbstregulierenden Marktwirtschaft, die die keynesianische Vorherrschaft in Politik und Theorie ab den 1970er-Jahren bedrängte. Kromphardt nimmt im zweiten Teil des vierten Kapitels die neoklassische Theorie als analytische Grundlage des Neoliberalismus auf. Dies wirkt zunächst etwas befremdlich, weil die von Großbritannien, Frankreich und Österreich ausgehende neoklassische Theorie ja schon die Wirtschaftswissenschaft des späten 19. Jahrhunderts und auch die Wirtschaftspolitik der folgenden Jahrzehnte geprägt hatte. Doch aus heutiger Sicht ist die Neoklassik als ein Teil der neoliberalen Gegenrevolution der 1980er-Jahre bedeutend. Obwohl Friedrich August von Hayeks Analyse sich in vielen Belangen – etwa seiner Betonung der wirtschaftlichen Dynamik und damit zusammenhängend des für den Kapitalismus typischen Ungleichgewichts – von jener der Neoklassik unterschied, einte die beiden

Zugänge die Überzeugung von der Schädlichkeit des Staatseinflusses.

Mit Einschränkungen gilt dies auch für die weiteren von Kromphardt in den Grundzügen dargestellten Teile der neoliberalen Gegenrevolution wie dem Ordoliberalismus, der die wichtigste Staatsaufgabe in der Herstellung von Wettbewerb sah, dem Monetarismus Milton Friedmans und der Angebotstheorie. Kromphardt sieht in Letzterer vor allem die Überlegungen Joseph Schumpeters zur aktiven Rolle der innovierenden UnternehmerInnen als bedeutend an.

Kapitel 5 trägt den Titel „Vom Wohlfahrtskapitalismus zum Finanzkapitalismus – und zurück?“. Kromphardt stellt die in den 1980er-Jahren auf Basis der neoliberalen Empfehlungen beginnende Deregulierung der Finanzmärkte dar, die das Entstehen von Finanzinnovationen und eine rasche Zunahme der Finanzspekulation ermöglichte. Damit gingen eine zunehmende Orientierung an kurzfristigen Zielen und den Interessen der Aktienbesitzer sowie eine Explosion der Spitzeneinkommen und eine Ausweitung der Ungleichheit einher. Die Dominanz des Finanzsystems veränderte zusammen mit der Globalisierung der Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte das Gesicht des Kapitalismus und die Handlungsspielräume demokratisch legitimierter nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik markant.

Gerade heute in der Finanzkrise stellt sich die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus aufs Neue. Eine nüchterne Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftswissenschaftlichen Leitbilder vergangener Phasen der kapitalistischen Entwicklung kann hier nutzbringend beitragen. Ein neues Leitbild, das die Erfahrungs-

gen der Finanzkrise aufarbeitet und kongruent zusammenführt, zeichnet sich derzeit allerdings noch nicht ab.

Für Jürgen Kromphardt ist entscheidend, wie weit es gelingt, den Kapitalismus durch eine an gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen ausgerichtete Regulierung der Finanzmärkte, der Gütermärkte und der Arbeitsmärkte einzuhegen und gleichzeitig das ernste Problem zunehmender

Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu bewältigen. Auf eine Antwort auf die Frage, ob dies eher mit einem Untergang des Kapitalismus zu erreichen ist oder ein „guter“ Kapitalismus doch möglich ist, will sich Jürgen Kromphardt zum Schluss seines überzeugenden und empfehlenswerten Buches dann doch nicht festlegen.

Markus Marterbauer